

Dringlicher Anfrage über Schaffung von mehr Klarheit in der Kommunikation Finanzpolitik, im Speziellen bei der Unternehmenssteuerpolitik.

Ob die Steuerstrategie erfolgreich ist oder nicht, wird seit Jahren als "Glaubensfrage" zum Schaden des Kantons Luzern ausgetragen. Jüngstes Beispiel sind die Resultate aus der Bevölkerungsbefragung zur Volksabstimmung vom 21. Mai 2017. Die Resultate zeigen, dass die Verunsicherung gross ist und das Vertrauen gelitten hat. Immer wieder räumt die Regierung ein, ungenügend kommuniziert zu haben. Mit Blick auf die Informationsmengen der Regierung und ihrer Instrumente wird selten zu wenig informiert, sondern eher schwer verständlich und zu technisch, statt anschaulich und erklärend. Die Kommunikation des Kantons ist deshalb weniger ein quantitatives Problem, als eher die Frage nach dem Wie und dem Wann. Die Herausforderung der Regierung besteht vielmehr darin, aufgrund der Informationsmenge die Übersicht auf den verschiedenen Politebenen (und damit auch gegenüber der Medien und der Öffentlichkeit) wahren zu können. Um die seit längerer Zeit andauernde, meist auf Mutmassungen oder auf politisch motivierten Positionskämpfen basierenden Diskussion zu versachlichen, ersuche ich die Regierung mit einer besseren Kommunikationsform mehr Klarheit zu schaffen:

Zur Unternehmenssteuerpolitik:

1. Der Begriff der Tiefsteuerpolitik des Kantons Luzern wird von verschiedenen Interessensgruppen unterschiedlich definiert und instrumentalisiert. Es gilt diesen daher zu klären. Wie ist die Definition der Luzerner Regierung des Begriffes Tiefsteuerpolitik? Wer soll von dieser Politik profitieren und welche Ziele verfolgt sie?
2. Für die aktuelle finanzpolitische Beurteilung und Analyse müssen wir uns oft auf Zahlen von LUSTAT stützen, die in der Regel drei Jahre zurückliegen. Für die Planung, die politische Diskussion oder das Monitoring der Steuerstrategie hinken diese Zahlen oft um Jahre hinterher. Die Steuerverwaltung kann die relevanten Zahlen hingegen aktuell zusammenstellen. Konkret: Die fakturierten Werte für die juristischen Personen kann durch die Dienststelle Steuern jederzeit und ohne viel Aufwand in einer hohen Qualität geliefert werden. Der Regierungsrat wird daher ersucht, die Erträge der Steuerjahre 2012 bis 2016 für juristische Personen in einer einfachen Grafik aufzulisten, um die Entwicklungen im Vergleich zur Steuerstrategie klar dokumentieren/spiegeln zu können. Da die Fakturierungen für 2017 bereits erfolgt sind, ersuche ich ebenfalls um eine Aussage zu den Trends im Vergleich zum Steuerjahr 2016 (beispielsweise September 2016 zu September 2017).
3. Der Finanzdirektor hat wiederholt erklärt, dass es mindestens fünf Jahre braucht, bis die Halbierung der Unternehmenssteuerstrategie seine Wirkung entfaltet. 2012 ist diese Halbierung erfolgt, weshalb sich nun 2017 (also 5 Jahre später), eine mit Zahlen hinterlegte Analyse machen lässt. Ich ersuche den Regierungsrat, eine anschauliche Entwicklung der Steuererträge als Folge der Halbierung der Unternehmenssteuern so exakt wie möglich im erwähnten 5-Jahres-Zeitraum zu präsentieren. Gleichzeitig ist aufzuzeigen, wie sich die Steuern in den uns umgebenden Kantonen entwickelt haben und wie die Planung dieser Kantone für die Zukunft aussieht, da der Kanton Luzern nicht isoliert betrachtet werden kann.
4. Die Steuererträge sind das Eine, direkte und indirekte Folgen aus der Tiefsteuerpolitik das Andere. Welche Indikatoren (Positiv- wie Negativentwicklungen) lassen sich als Folge der Steuerstrategie für den Kanton Luzern eindeutig zuordnen (wie neu geschaffene Arbeitsplätze seit

